

Unsere Stadt



Kommunistische Zeitung für Freiburg

Der 1. Mai bleibt rot!

Die Wurzeln des 1. Mai als Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter liegen in Nordamerika. Am 1. Mai 1886 begann in Chicago ein mehrtätiger Streik, zu welchem die nordamerikanische Arbeiterbewegung aufgerufen hatte. Ziel war die Durchsetzung des Achtstundentages. Am Abend dieses 1. Mai sowie in den darauf folgenden Tagen kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Nachdem einen Tag später ein Bombenanschlag verübt wurde, eskalierte die Situation weiter. In diesen Tagen wurden über 200 Arbeiter verletzt, mehr als 20 wurden ermordet. Diese sogenannte „Haymarket Affair“ nahm die Zweite Internationale auf ihrem Gründungskongress 1889 zum Anlass den 1. Mai zum „Kampftag der Arbeiterbewegung“ zu erklären, zum Gedenken der Opfer dieser Auseinandersetzung und zur Würdigung des Versuchs der Arbeiterschaft um ihre Rechte zu kämpfen. Seitdem organisiert die Arbeiterbewegung jedes Jahr an diesem Tag Demonstrationen, Streiks und soziale Kämpfe - in der ganzen Welt. 2011 jährt sich der Internationale Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter zum 122. Mal. In den letzten Jahren versuchten Faschisten wieder verstärkt unter „antikapitalistischem“ Deckman-

tel, den traditionellen Tag der Arbeiterbewegung für sich zu vereinnahmen. Auch in diesem Jahr wollen sich organisierte Neonazis und ihre Anhänger versammeln, um ihre menschenverachtende Propaganda in die Bevölkerung zu tragen. Neben Aktionen in Halle und Bremen, ruft in Heilbronn das „Nationale und soziale Aktionsbündnis 1. Mai“ zu einer Demonstration unter dem Motto „Fremdarbeiterinvasion stoppen! Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ auf. Dieses Bündnis setzt sich aus verschiedenen faschistischen Gruppierungen zusammen. Sowohl die NPD-Landesverbände von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz, sowie deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“, als auch militante Gruppierungen wie „Freie Nationalisten“ und „Kameradschaften“ aus Süddeutschland sind mit dabei. Gerade in Zeiten, in denen die herrschende Klasse unsere Arbeits- und Lebensbedingungen in Folge kapitalistischer Krisen zunehmend angreift, viele Menschen perspektivlos sind und nach Antworten suchen, versuchen Faschisten in Arbeiterstäd-



ten wie Heilbronn durch das Schüren von Angst und Vorurteilen und vor allem durch die Verbreitung rassistischer Hetze, ihre Ideologie als die Lösung sozialer Probleme darzustellen. Wir werden jedoch diese Stimmungsmache gegen Migrantinnen und Migranten nicht zulassen und rufen wie zahlreiche andere Organisationen als Unterstützer des Bündnisses „Heilbronn stellt sich quer“ dazu auf, sich den Faschisten in den Weg zu stellen und den Naziaufmarsch am 1. Mai in Heilbronn zu blockieren.

Antifaschistische Linke Freiburg

Haushaltsberatungen 2011/12

Zwar fehlen aufgrund der Finanzkrise zig Millionen Euro im städtischen Haushalt (das Geld fließt halt in Bankenshirme statt für Investitionen der Kommunen zur Verfügung zu stehen), aber die Haushaltsberatungen im Gemeinderat sind recht entspannt. Die Gemeinderats-Mehrheit hat aus Fehlern der Vergangenheit gelernt und verzichtet auf massive Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich. Statt des-

sen wird in Erwartung ab 2013 wieder stärker sprudelnder Finanzen die Neuverschuldung erhöht. Das grundlegende Problem chronisch unterfinanzierter kommunaler Haushalte bleibt aber bestehen. Bund und Länder müssen den Kommunen mehr Geld zuweisen. Und: die Einnahmen müssen erhöht werden, denn falsch gespart kommt richtig teuer! Die Unabhängigen Listen beantragen bei den derzeit laufenden Haushaltsberatungen

unter anderem die Erhöhung der Gewerbesteuer (seit 1991 unverändert!), die Einführung einer Tourismusabgabe und das Ende einer Vorfinanzierung der Planung für den Stadttunnel. Mit diesen Mehreinnahmen sollen u.a. die Sanierung der Staudinger-Gesamtschule, des T.-Heuss-Gymnasiums und die Einführung eines Sozialtickets finanziert werden.

DKP Freiburg

In dieser Ausgabe:

- Der 1. Mai bleibt rot!
- Haushaltsberatung
- NPD chancenlos!
- Pfingstcamp der SDAJ
- AKWs abschalten
- Abschiebung von Roma
- In Memoriam T. Armbruster
- Eintrittspreise städtische Bäder
- Termine

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Vor genau einem Jahr, im April 2010 erschien die erste Ausgabe von „Unsere Stadt“. Wie bereits in der letzten Ausgabe angedeutet, befindet sich die Unsere Stadt auf Expansionskurs. Noch müssen Badische Zeitung, Sonntag, Stadtkurier und Wochenbericht keine feindliche Übernahme fürchten, aber wir verdoppeln mit sofortiger Wirkung unsere Auflage. Auf 5000 Stück (falls es der Verfassungsschutz genau wissen möchte).

In der vierten Ausgabe haben wir ein Exemplar des Buches „Stuttgart 21 - Oder: Wem gehört die Stadt“ verlost. Wir gratulieren dem Gewinner und danken allen TeilnehmerInnen. Diesmal zu gewinnen: Ein Exemplar von „Checkpoint Kreuzberg - Live At The SO36“ der legendären Banda Bassotti.



Die 2009 in Berlin aufgenommene Doppel-CD beweist nicht nur, dass Livemitschnitte nicht zwangsläufig schrottig klingen müssen, sondern führt auch eindrucksvoll die Live-Qualitäten der Band vor. Andererseits auch kein Wunder: Als eine der ältesten italienischen Punk-Bands (gegründet 1989) hatten die inzwischen ja auch genug Zeit zum Üben ;-)

Zum Mitmachen: Einfach bis zum 31.06.2011 unter dem Stichwort „Verlosung“ eine E-Mail mit Name und Adresse an: verlosung@dkp-freiburg.de. Oder per Post an die Redaktion (siehe S. 4). Oder am 1. Mai auf dem Stühlinger Kirchplatz am Infostand von DKP, SDAJ und ALFR.

(Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Ihre Daten dienen ausschließlich der Verlosung und werden anschließend gelöscht.)

Und zu guter Letzt: Über Spenden und Rückmeldungen jeder Art (Kontaktmöglichkeiten siehe letzte Seite) freut sich...

Eure Redaktion
www.unsere-stadt.tk

Sommer, Sonne, Sozialismus – Pfingstcamp Süd der SDAJ – 10.-13. Juni in Schwangau

Hast Du es auch satt, dass du tagein, tagaus rackerst, um schließlich am Ende des Monats doch nichts mehr zu haben?

Kotzt es Dich auch an, dass Bundeswehroffiziere in deinem Klassenzimmer Dir erzählen, Soldat sei ein totsicherer Job?



Willst Du am liebsten deinen Fernseher zum Fenster rausschmeißen, wenn Du wieder die Fratzen der Regierung im TV siehst?

Nervt es Dich genauso, wenn Machos sexistische Sprüche ‚raushaun, während Frauen im Job im Schnitt 30% weniger verdienen?

Weißt Du auch, dass Nazis nicht bloß dumm sind, sondern auch eine Funktion in diesem Scheißsystem haben?

Hast Du schon lange keinen Bock mehr, dass „die da oben“ unser Klima und unsere Zukunft kaputt machen?

Dann herzlich Willkommen auf dem Südcamp der SDAJ! Drei Tage lang werden wir diskutieren, feiern und Spaß haben, egal wo du herkommst!

Besuch kostenlos! Drei Übernachtungen auf dem Zeltplatz plus Essen kosten normal 35 Euro. Solidaritätskarten gibt es für 45 Euro.

Mehr Infos: <http://www.suedcamp.de/>

SDAJ Freiburg

Für das Sozialticket ist angeblich kein Geld da, für den Papstbesuch aber schon?

Im Haushaltsentwurf der Verwaltung sind Ausgaben von 300.000.-€ vorgesehen für den Papstbesuch im Herbst 2011, obwohl Papst Ratzinger von der Erzdiözese nach Freiburg eingeladen wurde, nicht von der Stadt. Wir sagen: Keine städtischen Gelder für diese religiöse Propagandaveranstaltung!

DKP Freiburg

NPD chancenlos - Antifakampagne erfolgreich

Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 trat auch die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) an. In 68 von 70 Wahlkreisen gelang es der Nazipartei, die jeweils notwendigen 150 Unterstützerunterschriften zu sammeln. Die NPD versuchte als „Stimme des Volkes“, als „soziale Heimatpartei der Deutschen“ im Ländle zu punkten. Das Antifaschistische Aktionsbündnis Baden-Württemberg (AABaWü), in dem auch die Antifaschistische Linke Freiburg organisiert ist, wollte mit der Kampagne „Keine Stimme der NPD!“ den Nazis bei ihrem Wahlkampf einen Strich durch die Rechnung machen. Letztendlich erreichte die NPD ein Ergebnis sehr knapp unter 1% und profi-

tiert somit nicht von der Wahlkampfkostentrückerstattung, was uns besonders freut. Mit inhaltlichen Veranstaltungen, Infotischen und einer Demonstration in der braunen Hochburg Villingen-Schwenningen konnten wir die Bürgerinnen und Bürger über das Wesen der NPD informieren und ein kraftvolles antifaschistisches Zeichen setzen. Der Kampf gegen die Gefahr von rechts muss natürlich immer und überall mit aller Entschlossenheit geführt werden gemeinsam mit allen fortschritt-



lichen Kräften. Jede und jeder kann seinen Beitrag leisten und sich stark machen für Solidarität und gegen rassistische Hetze. Mehr Infos unter: www.alfr.blogspot.de/?p=633

Antifaschistische Linke Freiburg

Nicht nur die alten AKWs abschalten – alle, sofort, für immer!

Auch vor den Ereignissen in Japan war der Widerstand gegen die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atommeiler riesig: Im August 2010 standen mehr als 100 000 Menschen in Schleswig-Holstein in einer Menschenkette. Im September 2010 demonstrierten in Berlin mehr als 100 000 Menschen gegen den Deal der Bundesregierung mit den großen Stromkonzernen. Und Anfang März standen im Ländle 60 000 Menschen in einer Kette zum Kernkraftwerk Neckarwestheim, mit vielen Teilnehmern aus Freiburg. Mappus und seine CDU gehörten zu den Einpeitschern der Laufzeitverlängerung. Sie wurden abgewählt. Das lächerliche 3-Monate-Moratorium ist kein Ausweg. Warum wird der Ausstieg nicht ins Grundgesetz geschrieben – wie beim Nachbarn Österreich? Ganz offensichtlich will sich die Atomlobby Hintertüren offenhalten.

DKP hat aus Tschernobyl gelernt, andere sind auch heute noch lernunwillig

Die DKP hat nicht schon immer Kernkraftwerke abgelehnt. Nach Tschernobyl kam aber schnell das Umdenken. Seitdem fordern wir den sofortigen Ausstieg. Vielfach haben wir darauf verwiesen, dass mit der Atompolitik der Bundesregierung die tatsächlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse im Land deutlich werden. Die Sicherheitsinteressen der Menschen werden ignoriert, wenn es um Profit geht. Das gilt für die Skandale um die Endlagerung, das gilt bei der Vertuschung oder dem Herunterspielen von mindestens 100 bis 400 Störfällen pro Kraftwerk (!) ebenso wie bei dem unglaublichen Klein-Beigeben angesichts der Katastrophe in Japan.

Kosten dem Staat – Profite den Konzernen – wie lange noch?

Die Entwicklung der AKW-Technologie in Deutschland wurde nach Schätzungen von Greenpeace bislang mit mindestens 204 Milliarden Euro aus Steuergeldern finanziert. Wäre das in die Entwicklung alternativer Energien geflossen, hätten wir heute weder ein Restrisiko noch

strahlenden Restmüll. Die Endlagerung des Mülls ist völlig ungeklärt. Die Kosten dafür werden abermals astronomisch und sollen wieder größtenteils vom Steuerzahler erbracht werden, während die ständige Unsicherheit den folgenden Generationen bleiben wird. Die Profite hingegen wurden und werden von den Energiekonzernen eingefahren. Die gehören der Profitgier entzogen und müssen gesellschaftlich kontrolliert werden – staatlich allein genügt nicht! Eventuell gesetzlich erforderliche Entschädigungen müssen mit den viel höheren Kosten für die Stilllegung der Meiler und die Endlagerung des Mülls verrechnet werden. Erneuerbare Energien sind überlebensnotwendig und machbar – praktisch sofort!

AKW Fessenheim stilllegen!

Kurz nach der Wiederinbetriebnahme des AKW Fessenheim nach monatelanger Wartung gab es Anfang April bereits wieder einen Störfall mit Abschaltung. Dieser Uralt-Meiler in unserer unmittelbaren Nähe gehört sofort abgeschaltet. Dies muss mit allem Nachdruck mit den französischen Behörden verhandelt werden! Energiekonzerne entschädigungslos enteignen und unter gesellschaftliche Kontrolle!

DKP Freiburg



Die Abschiebung von Roma in den Kosovo

Die jahrhundertelange Verfolgung und Diskriminierung der Sinti und Roma

Vor etwa 600 Jahren ließen sich die ersten Sinti im deutschsprachigen Gebiet nieder. Wenige Jahrzehnte später beginnt Ende des 15. Jahrhunderts die Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma und zwar maßgeblich unter Mitwirkung unserer Stadt: 1498 erklärt der damalige Freiburger Reichstag die Sinti-Minderheit für vogelfrei. Bis heute dauert die Verfolgung und Diskriminierung der Sinti und Roma in ganz Europa an. In Italien kam es im Mai 2008 in Neapel zu Pogromen gegen Roma, die durch propagandistische Hetze seitens der Berlusconi-Regierung provoziert wurden. In Ungarn haben bei der Wahl im April 2010 rund 2/3 der Wähler für Parteien gestimmt, die zuvor offen gegen Roma hetzten und teilweise sogar direkt für Mordanschläge auf Roma-Familien mitverantwortlich waren. Und auch Frankreich rückte mit den rechtswidrigen Abschiebungen von Roma in andere EU-Länder im September 2010 in ein rassistisches Licht. Deutschland spielt in der Verfolgung der Sinti und Roma eine besondere Rolle. Während des deutschen Faschismus wurden viele Sinti und Roma zwangssterilisiert oder deportiert. Schätzungsweise 500.000 Sinti und Roma wurden damals ermordet. Diesen Völkermord hat die deutsche Bundesregierung in der Nachkriegszeit jahrzehntelang geleugnet. Heute verfügen zwar viele der Sinti und auch einige der Roma durch die deutsche Staatsbürgerschaft über entsprechende Rechte, jedoch sind sie nach wie vor von Diskriminierung betroffen. Viele der Roma, die heute nur mit einem befristeten Aufenthaltsstatus oder lediglich einer Duldung in Deutschland leben, sind 1999 infolge des Kosovokrieges geflüchtet. Unter den Augen der NATO-Truppen zerstörten albanische Nationalisten Siedlungen der Roma-Minderheit. Etwa 80 Prozent der Roma flohen aus dem Kosovo, um Misshandlungen, Folterungen, Vergewaltigungen und Morden zu entkommen. Im März 2004 kam es zu erneuten Gewaltausbrüchen im Kosovo. Doch Deutschland verdrängt hingegen die jahrhundertelange Verfolgung der Sinti und Roma und seine eigenen Verbrechen während des Faschismus ebenso wie die als Nato-Partner im Kosovokrieg gewonnene

Kenntnis über die dortige Lage der Roma. Im April 2010 unterzeichneten der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und seinen kosovarischer Kollege Bajram Rexhepi ein sogenanntes „Rücknahmeabkommen“, durch welches unter anderem 10.000 Roma aus Deutschland abgeschoben werden sollen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sollen pro Jahr bis zu 2500 Anträge zur Rückführung gestellt werden.



Was die Bundesregierung und ihre Deportationsgehilfen jedoch wissen, aber nicht sagen oder sogar leugnen, ist, dass die Situation im Kosovo für die Roma verheerend ist. Die kosovarische Regierung behauptet zwar im Rahmen des „Rücknahmeabkommens“, für die Minderheitenrechte und die Sicherheit der Abgeschobenen garantieren zu können, jedoch landen viele der abgeschobenen Roma in Lagern oder Siedlungen, die zum Teil auf bleiverseuchtem Boden errichtet wurden, was zu Erkrankung vieler Kinder führt. Zudem haben viele keinen Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem. Außerdem ist die Arbeitslosigkeit unter den Roma im Kosovo sehr hoch. Grund dafür ist aber nicht, wie die sich rassistischen Stereotypen bedienende Bundesregierung behauptet, die fehlende Leistungsbereitschaft der Roma, sondern die rassistische Diskriminierung der Roma im Kosovo. Auch rassistischen Übergriffen sind die Roma dort ausgesetzt. Dies hindert die meisten Bundesländer allerdings nicht daran, die Abschiebungen umzusetzen. Kommen wir zurück zu Freiburg, wo die deutsche Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma begann. Infolge des Kosovokrieges leben knapp 700 Roma aus dem Kosovo seit vielen Jahren

in Freiburg, etwa 450 von ihnen sind jedoch von Abschiebung bedroht bzw. es wurden bereits Roma aus Freiburg abgeschoben. Viele der Kinder sind in Deutschland geboren, kennen den Kosovo nicht und sprechen auch nicht die dortigen Sprachen. Über 400 der Flüchtlings-Roma wohnen meist schon Jahre in Flüchtlingswohnheimen wie in der Hammerschmiedstrasse oder der Bissierstrasse meist unter sehr beengten Wohnverhältnissen. Wer nur über eine Duldung verfügt, hat aufgrund der Regelungen des sogenannten Asylbewerbergesetzes kaum eine Chance auf einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsstelle. Freiburg gilt heute jedoch aufgrund einer Resolution des Gemeinderats im Jahr 2006, sich für ein Bleiberecht für die langjährig in Freiburg lebenden Roma einzusetzen, als flüchtlingsfreundlich. Damit wird auch begründet, dass trotz drohender Abschiebungen im Jahr 2010 der Zustrom von Roma-Flüchtlings in Freiburg stark angestiegen ist. Die darauf folgenden Klagen des grünen Freiburger Oberbürgermeisters Salomon in regionalen Tageszeitungen in Baden-Württemberg (z.B. Stuttgarter Nachrichten 18.04.2010), dass die vielen Roma für Freiburg eine enorme finanzielle Belastung seien, reihen sich ein in die Stimmungsmache gegen schwache Gruppierungen in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise und angeblich leeren Haushaltskassen, während gleichzeitig die Banken mit Milliarden unterstützt werden. Während des deutschen Faschismus wurden die Sinti und Roma als Spione einer angeblichen jüdischen Weltverschwörung verfolgt und auch heute müssen sie in Großteilen Europas als Sündenböcke herhalten. In diesem Zusammenhang nehmen auch die Bundesregierung und die Abschiebungsbefürworter mit ihrer menschenverachtenden Flüchtlingspolitik in Kauf, dass Menschen in ein nicht-menschenwürdiges Leben abgeschoben werden, ob nun in Deutschland in Duldungssituationen unter ständiger Angst vor Abschiebung, unter beengten Wohnverhältnissen und ohne die Chance auf Integration, oder im Kosovo unter gesundheitsgefährdenden und lebensbedrohlichen Bedingungen ohne große Chancen auf Arbeit, Bildung und angemessenes Wohnen. Kein Mensch ist illegal!

Antifaschistische Linke Freiburg

Terminkalender

So 1. Mai 2011

10 h: Antifaschistische Blockaden gegen den geplanten faschistischen Aufmarsch und revolutionäre 1.Mai-Demonstration in Heilbronn. Mehr Infos: www.antifabus.tk

20 h: Maifeier der DKP Freiburg Unterhaltung – Politik – Arbeiterlieder – Film Vaubanallee, Stadtteiltreff Haus 037

Di 24. Mai 2011

20 h: Vortrag mit Prof. Dr. Wolfgang Wippermann: Poliologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende. Mehr Infos: www.antifaschistische-linke.de

20 h: Revolution in Nordafrika/Nahost? Wer und Wohin? Mit Prof. Dr. Karin Kulow (Nahost-Expertin, Vorstandsmitglied im Nahost Forum e. V.), Veranstaltung der DKP DGB-Haus (Hebelstraße/Freiburg)

Fr 10.06. - Mo 13. 06.2011

SDAJ-Pfingstcamp SÜD in Schwangau/Bayern Mehr Info: www.suedcamp.de

Fr 24.06. - So 26.06.2011

UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP Fr 24.06. - So 26.06.2011 Dortmund/Revierpark Wischlingen

Mitgliederversammlungen der DKP-Freiburg

Di 03.05.2011	Di 07.06.2011
Di 21.06.2011	Di 05.07.2011
Di 19.07.2011	jeweils 20:00 Uhr

Linksbüro, Greiffeneggring 2

UZ-Pressesfest 2011
24.-26. Juni in Dortmund

Neben interessanten Diskussionsrunden und internationalen Köstlichkeiten gehören die zahlreichen musikalischen Darbietungen zu den Höhepunkten beim größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland. Hier nur eine kleine Auswahl der KünstlerInnen, die ihr Kommen angekündigt haben: Banda Bassotti, Bandbreite, Bernd Köhler und Blandine, bots, Kai Degenhardt, Klaus der Geiger, Jane Zahn, Inti Illimani Histórico und Eva Ayllon, Liedstöckel, Microphone Mafia und Esther Bejarano u.v.a....Wer mitfahren möchte, möge sich bei der DKP Freiburg melden.



Die ALFR (Antifaschistische Linke Freiburg) ist in unserer Stadt und der Region Südbaden aktiv gegen faschistische Umtriebe. Sie mobilisiert regional und bundesweit auf linke Demonstrationen und kämpft in Theorie und Praxis für eine Welt jenseits von Faschismus, Hunger und Krieg. Bei den regelmäßigen Veranstaltungen kann man mehr über die Gruppe erfahren.

www.antifaschistische-linke.de



Die DKP, das ist die Deutsche Kommunistische Partei. GenossInnen der DKP kämpfen gemeinsam mit anderen Menschen z.B. in den Gewerkschaften und in der Friedensbewegung für konkrete Verbesserungen und grundlegende Veränderungen.

Die DKP-Ortsgruppe Freiburg trifft sich jeden 1. und 3. Dienstag im Monat. Interessierte sind herzlich willkommen.

www.dkp.de
www.dkp-freiburg.de



Die SDAJ, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, ist eine Selbstorganisation von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, jungen Arbeiterinnen und Arbeitern, Studentinnen und Studenten. Für uns ist der Sozialismus die Alternative für die wir kämpfen. Die SDAJ Freiburg trifft sich wöchentlich. Wenn Du bei uns mitmachen willst, melde dich einfach per E-Mail:

sdaj-freiburg@gmx.de
www.sdaj-netz.de
www.sdaj-freiburg.de

Impressum:

Unsere Stadt - Kommunistische Zeitung für Freiburg

wird herausgegeben von:

Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR)
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Freiburg
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Freiburg
VlSdP: Hendrijk Guzzoni, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg

Die Redaktion erreichen Sie:

per Post
„Unsere Stadt“
c/o Linksbüro
Greiffeneggring 2,
79098 Freiburg
per E-Mail: unserestadt@dkp-freiburg.de



Zeitung machen kostet Geld!

Deshalb sind uns Spenden für die weitere Herausgabe von „Unsere Stadt“ herzlich willkommen. Überweisen Sie bitte unter dem Stichwort „Spende Unsere Stadt“ auf das Konto der DKP FREIBURG Konto-Nr.: 1020086500 BLZ: 68010111 (SEB Freiburg)

In Memoriam Thomas Armbruster

Vor 20 Jahren, im Mai 1991, starb Thomas Armbruster im Alter von 40 Jahren an den Folgen eines fremdverschuldeten Unfalls während einer Radtour im Elsass.



Als engagierter, weit anerkannter und angesehener Weingartener Bürger wird Thomas Armbruster all denjenigen, die ihn im politischen und kulturellen Leben erlebt haben, auch seinen Gegnern, in Erinnerung sein. Aktiv und aktivierend in Organisationen und Bürgerinitiativen hat er für die berechtigten Interessen der Menschen in seinem Stadtteil, in Freiburg und darüber hinaus erfolgreich gewirkt. Tom, wie ihn viele nannten, beteiligte sich maßgeblich an den Initiativen für die Gestaltung des kleinen EKZ Binzengrün, für Erhaltung und Schutz des Rieselfeldes, für den Dietenbachpark und setzte sich für eine bürgernahe Stadtbahn ein. Er war Mitbegründer des Forums Weingarten 2000, der Ausländerinitiative Freiburgs und Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) in Freiburg. Als studierter Diplompädagoge von der PH Freiburg, war Tom bei der Arbeitsverwaltung in Freiburg tätig, die ihn aufgrund seiner Gesinnung und DKP-Mitgliedschaft mit Berufsverbot belegen wollte. Dieses infame Ansinnen scheiterte vor dem Arbeitsgericht in Freiburg. Als engagierter Gewerkschafter im Betrieb bekannt, wählte ihn die Belegschaft darauf hin zum Personalratsvorsitzenden.

Toms Tod war ein herber Verlust. Viel zu selten finden sich solche Menschen, die selbstlos, aggressionsfrei und bescheiden gemeinsam mit anderen Menschen für ein friedliches Zusammenleben, für den Schutz der Umwelt, für Verbesserung und Gestaltung der Lebensverhältnisse - auf gerechte und demokratische Weise bemüht sind. Zwei Jahre nach seinem Tod entstand die Initiative für einen Thomas-Armbruster-Platz im kleinen EKZ Weingartens. Eine Bürgerversammlung bekräftigte am 24. Juni 1993 eindeutig diese Idee und auch der damalige Kulturbürgermeister Landsberg und die Stadtverwaltung plädierten dafür. Aber es kam anders. Kulturausschuss und eine Gemeinderatsmehrheit lehnten ab: 19 Stimmen von SPD, Friedensliste und Teilen der Grünen standen 22 Gegenstimmen der CDU, der Freien Wähler, von FDP, Republikanern und Teilen der Grünen gegenüber, bei einer Enthaltung. Das klare Votum der Bürger wurde einfach in den Wind geschlagen. Eine Stadträtin der SPD sprach von „ideologischer verbohrter Parteipolitik“, letztlich ging es CDU & Co. darum, um jeden Preis die Benennung eines Platzes nach einem Kommunisten zu verhindern. Deshalb wurde alternativ die Freiburger Jüdin Else Liefmann gegen den Kommu-

nisten Thomas Armbruster vorgeschlagen. Eine Vertreterin des Forums Weingarten 2000 betonte bei der Einweihung des „Else Liefmann Platzes“, Thomas Armbruster hätte als Antifaschist, der immer gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit eingestanden war, niemals gegen die von den Nazis verfolgte Kinderärztin Else Liefmann konkurrieren wollen, und wahrscheinlich auch Else Liefmann nicht gegen Thomas Armbruster. Thomas Armbruster wäre heute 60 Jahre alt. Wäre er noch am Leben, er würde sich heute wie damals gegen AKW's und Atomwaffen, gegen Kriegseinsätze, Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für ein friedliches Zusammenleben und gleiche Rechte aller Menschen einsetzen. Thomas Armbruster liegt auf dem Friedhof St. Georgen begraben. Vielleicht kann das 20. Jahr nach seinem tragischen Tod Anlass sein, ihn posthum für seine Leistungen auszuzeichnen. Sei es durch Umbenennung eines der vielen militaristischen Straßennamen Freiburgs oder des nahe seiner damaligen Wohnung gelegenen Dietenbachparks in Thomas-Armbruster-Park.

Max Heinke

Höhere Eintrittspreise für städtische Bäder

Zum 1. Mai sollen in Freiburg die Eintrittspreise für die städtischen Bäder erhöht werden. Stadtrat Hendrijk Guzzoni, Mitglied der DKP, sprach auf der Sitzung des Gemeinderates gegen die Preiserhöhungen: „Zugegeben: die Stadt Freiburg hat in den letzten Jahren viel in die städtischen Bäder investiert - sie hat aber auch ein Hallenbad in Zähringen und das Freibad West geschlossen. Vor ein paar Jahren ergab eine Umfrage, dass Schwimmen und Baden auf Platz 3 der wichtigsten Freizeitbeschäftigungen liegt. Der Betrieb der städtischen Bäder ist also ein ganz wesentlicher Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge. Für Menschen, die zweimal im Jahr Urlaub auf den Malediven machen oder die einen privaten Swimming Pool haben, gilt dies nicht, für alle anderen schon. [...]

Doch zum Beschlussantrag selbst: Sie erhöhen den Preis der Einzelkarte um 8,1%; der ermäßigten Einzelkarte für Kinder und Jugendliche, SchülerInnen und Studierende etc. um 8%; Sie erhöhen den Preis der Eltern-Kind Karte um 14,3% und den Preis für

Behinderte und für Begleitpersonen um jeweils 18,2%. Sie erhöhen den Preis für Inhaber der Familienkarte um 33,3% und beim Ferienpass um 40%. Familienfreundlichkeit in Green City! Sehr familienfreundlich! Aber es kommt noch krasser: Bäderbesuch wird teurer - häufiger Bäderbesuch wird noch teurer! In den Freibädern erhöht sich der Preis der Saisonkarte um 22,9% und die der ermäßigten Saisonkarte um 41,2%. Sie erhöhen in den Hallenbädern den Preis der 10er Karte um 19,4% und die neue 20er Karte kostet fast soviel wie die alte 30er Karte. Kinder und Jugendliche, SchülerInnen und Studierende zahlen für die 10er Karte 31,6% mehr. Und für sie kostet die neue 20er Karte mehr als die alte 30er Karte! Real beträgt die Erhöhung pro Eintritt hier satte 84%! Kinderfreundliches Green City? Sie erhöhen die Eintrittspreise für die Museen, Sie erhöhen die Fahrpreise für Bus und Bahn, Sie erhöhen die Mieten und auf Vorrat auch schon mal die Müllgebühren, Sie erhöhen die Kindergartenbeiträge und nun die Eintrittspreise für die Bäder. Sie erhöhen und erhöhen und erhöhen

- und die Bürgerinnen und Bürger müssen zahlen und zahlen und zahlen. Aber wenn jemand eine moderate Erhöhung von Unternehmens- oder Vermögenssteuern ins Gespräch bringt, beginnt das große Geschrei! Sie betreiben eine Politik der sozialen Schieflage. Sie machen Politik für wenige Begüterte - und die Mehrheit der Bevölkerung muss zahlen. - Und ein wachsender Teil der Bevölkerung kann das aber nicht mehr. Die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen wird dieser Vorlage nicht zustimmen! Stattdessen beantragen wir, a) die Eintrittspreise für die Bäder nicht zu erhöhen, b) dass die InhaberInnen des Freiburg-Passes nur den ermäßigten Eintrittspreis bezahlen müssen und c) die Kinder der InhaberInnen des Freiburg-Passes den gleichen Sondertarif erhalten wie Kinder von Familien-Card-InhaberInnen.“ Punkt b und c des Antrages der Unabhängigen Listen fand im Gemeinderat eine Mehrheit, Punkt a jedoch leider nicht.

Hendrijk Guzzoni

